

Polarisierte Gesellschaft, gefährdete Demokratie?

Eine Analyse der Bereitschaft von Schweizer:innen,
mit Andersdenkenden im Austausch zu stehen, poli-
tische Kompromisse einzugehen und unliebsame
Parteien als Teil der Demokratie zu akzeptieren

Ivo Nicholas Scherrer, Pro Futuris
Isabel Schuler, Pro Futuris
Flurina Wäspi, Stiftung Mercator Schweiz

Pro Futuris



Pro Futuris – der Think + Do Tank
der Schweizerischen
Gemeinnützigen Gesellschaft



Stiftung
Mercator
Schweiz

Juni 2025

Inhaltsverzeichnis

Die wichtigsten Resultate in der Übersicht	5
1. Über diese Studie	9
1.1 Zusammenfassung der ersten beiden Teile der Studienreihe	10
1.2 Motivation dieses Studienteils	10
1.3 Aufbau und Methodik	11
2. Demokratiefördernde und demokratiegefährdende Einstellungen	12
2.1 Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei aus der Politik	13
2.2 Bereitschaft zum Austausch mit Andersdenkenden	14
2.3 Kompromissbereitschaft	14
3. Analyse: Was erklärt die Bereitschaft, andere aus der Politik auszuschliessen, mit Andersdenkenden in den Austausch zu treten und Kompromisse einzugehen?	20
3.1 Mögliche Einflussfaktoren	21
3.2 Resultate: Einflussfaktoren auf den Ausschluss unbeliebter Parteien	22
3.3 Resultate: Einflussfaktoren auf den Austausch mit Andersdenkenden	24
3.4 Resultate: Einflussfaktoren auf Kompromissbereitschaft	26
4. Fazit: Demokratien brauchen uns	29
Für wen ist am demokratischen Tisch Platz und für wen nicht?	30
Persönliches Engagement als Investition in die Demokratie	31
Fokus auf die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie	31
Anhänge	32
Abbildungsverzeichnis	39
Literaturverzeichnis	40

Danksagung

Die dieser Studie zugrunde liegende quantitative Bevölkerungsbefragung wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Bern durchgeführt. Herzlichen Dank an Carine Hunziker, Daniel Schwarz und Jan Fivaz von der Forschungsgruppe E-Democracy des Kompetenzzentrums für Public Management (KPM) der Universität Bern.

Das Projekt wurde zudem durch die Expertise einer akademischen Begleitgruppe unterstützt. Die Autor:innen danken Dr. Céline Colombo, Prof. Christian Staerklé, Prof. Denise Traber, Dr. Jeannette Behringer, Prof. Silja Häusermann und Sophie Achermann herzlich für ihre Unterstützung.

Impressum

Pro Futuris
Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
Schaffhauserstrasse 7
8006 Zürich
www.profuturis.ch
polarisierung@profuturis.ch

Layout & Illustration

digital/organizing

Das vorliegende Dokument steht unter einer CC BY-NC-SA 4.0 Lizenz

Zitiervorschlag

Scherrer, Ivo, Isabel Schuler und Flurina Wäspi (2025). Polarisierte Gesellschaft, gefährdete Demokratie? Zürich: Pro Futuris/SGG, Juni 2025.

Förderung

Gefördert von der Stiftung
Mercator Schweiz



Über Pro Futuris

Pro Futuris ist der Think + Do Tank der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft. Pro Futuris beschäftigt sich mit der Frage, wie Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft funktionieren kann und wie wir die Fähigkeit unserer Gesellschaft stärken können, die Zukunft zu gestalten. Pro Futuris publiziert regelmässig Debattenbeiträge zu seinen Themenschwerpunkten, unter anderem auch zum Thema Polarisierung: <https://profuturis.ch/blog/>. Mit #lasstunsreden hat Pro Futuris ausserdem ein Dialogformat entwickelt, mit dem Menschen, die politisch unterschiedliche Meinungen haben, miteinander in ein konstruktives Gespräch kommen: <https://www.lasstunsreden.ch/>

Über die Stiftung Mercator Schweiz

Die Stiftung Mercator Schweiz ist eine gemeinnützige Förderung. Sie setzt ihre finanziellen Mittel, ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Netzwerke ein, um gemeinwohlorientierte Vorhaben und zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu stärken und systemischen Wandel anzustossen. Ihr Team identifiziert zukunftsorientierte Ideen und Akteur:innen, begleitet Drittprojekte und bringt selbst Vorhaben auf den Weg. Im Förderbereich Demokratie setzt sich die Stiftung für eine lebendige Schweizer Demokratie ein, in der sich möglichst viele Menschen informiert und aktiv beteiligen und in der die demokratischen Aushandlungsprozesse mehrheitsfähige Lösungen hervorbringen.

Die wichtigsten Resultate in der Übersicht

In diesem dritten Teil der Studienreihe zu Polarisierung und Zusammenhalt in der Schweiz untersuchen wir, welche individuellen Eigenschaften und Verhaltensweisen das gesellschaftspolitische Zusammenleben beeinflussen.

Dabei legen wir den Fokus auf drei für die Demokratie besonders wichtige, beziehungsweise problematische Einstellungen. Wir untersuchen erstens, inwiefern Schweizerinnen und Schweizer bereit sind, die ihnen unbeliebteste Partei von Abstimmungen und Wahlen sowie aus dem öffentlichen Diskurs auszuschliessen. Zweitens analysieren wir, für wie wertvoll Schweizer:innen den Austausch mit politisch Andersdenkenden erachten. Drittens untersuchen wir, zu welchem Grad die Bevölkerung bereit ist, politische Kompromisse einzugehen.

Ausschluss der unbeliebtesten Partei

37,7% der Stimmbevölkerung sind der Ansicht, es wäre besser oder eher besser für die Schweiz, wenn diejenige Partei, die ihnen am unsympathischsten ist, vom politischen Prozess (das heisst von Wahlen oder Abstimmungen) ausgeschlossen würde. 35,1% fänden es besser oder eher besser für die Schweiz, wenn die ihnen unbeliebteste Partei vom politischen Diskurs, das heisst beispielsweise von öffentlichen Debatten, ausgeschlossen würde (vgl. Kapitel 2.1 und Abbildung A).

Gemäss unserer Analyse spielen zahlreiche Faktoren eine Rolle dabei, ob jemand gewillt ist, den Ausschluss der unbeliebtesten Partei aus der Politik gutzuheissen (vgl. Kapitel 3.2 für die detaillierten Resultate). Aus demokratiepolitischer Sicht fallen uns die folgenden Faktoren besonders ins Auge: Das Gefühl, sozial benachteiligt zu sein, eine starke emotionale Polarisierung und die Einschätzung, dass der Austausch mit Andersdenkenden weniger wertvoll sei, erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass jemand den Ausschluss der unbeliebtesten Partei bejaht.

Austausch mit politisch Andersdenkenden

76% der Schweizerinnen und Schweizer sind der Ansicht, dass sich der Austausch mit Personen lohnt, die politisch eine ganz andere Meinung vertreten als sie selbst. Weniger als 5% sehen das überhaupt nicht so (vgl. Kapitel 2.2).

Verschiedene Faktoren haben einen Einfluss darauf, in welchem Ausmass eine Person den Austausch mit Andersdenkenden als wertvoll erachtet (vgl. Kapitel 3.3 für die detaillierte Analyse). Demokratiepolitisch erachten wir folgende Faktoren als besonders relevant: Je stärker jemand anderen Menschen vertraut, je stärker jemand politisch interessiert und je weniger jemand demokratiemüde ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass diese Person den Austausch mit Andersdenkenden als wertvoll empfindet.

Kompromissbereitschaft

Die Kompromissbereitschaft der Schweizer:innen hängt stark vom politischen Thema ab (vgl. Kapitel 2.3). Mit Blick auf die Zuwanderung schätzen sich die wenigsten Schweizer:innen als kompromissbereit ein. Auch mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine sowie auf die Beziehungen zur EU zeigen sich mehr Schweizer:innen nicht kompromissbereit als kompromissbereit. Grössere Teile der Bevölkerung ordnen sich selbst bei der Gleichstellung von Frauen, mit Blick auf den Sozialstaat und seine Finanzierung sowie beim Klimaschutz als kompromissbereit ein.

Auch mit Blick auf die Kompromissbereitschaft hilft uns eine statistische Analyse, um zu verstehen, welche Faktoren es wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen, dass jemand kompromissbereit ist (vgl. Kapitel 3.4 für die detaillierten Resultate). Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Regierung und die Medien und die Einschätzung, dass der Austausch mit Andersdenkenden wertvoll sei, haben einen positiven Einfluss auf die Kompromissbereitschaft – die affektive, d. h. emotionale, Polarisierung einen negativen.

Abbildung A: Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei (in %)

■ Nein ■ Eher nein ■ Eher ja ■ Ja

Es wäre besser für die Schweiz,
wenn die mir am wenigsten beliebte
Partei aus dem politischen Prozess
ausgeschlossen würde



Es wäre besser für die Schweiz,
wenn die mir am wenigsten beliebte
Partei aus dem politischen Diskurs
ausgeschlossen würde



Frage im Original: Wenn Sie an diejenige Schweizer Partei denken, die Sie am wenigsten mögen: Finden Sie, dass es für die Schweiz besser wäre, wenn diese Partei (1) ...vom politischen Prozess ausgeschlossen wäre (z.B. nicht mehr bei Wahlen teilnehmen dürfte)? (2) ...vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wäre (z.B. bei öffentlichen Debatten nicht mehr eingeladen würde)?

Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

Gesamtbetrachtung demokratiefördernder und demokratieschädigender Einflüsse

Wenn wir untersuchen, welchen Einfluss individuelle Faktoren auf a) die Bereitschaft, die unsympathischste Partei aus der Politik auszuschliessen, b) die Einschätzung des Werts des Dialogs und c) auf die Kompromissbereitschaft haben, zeigen sich klare Zusammenhänge:

- Die **affektive Polarisierung** hat klar negative Auswirkungen. (Pro Memoria: Wer stark affektiv polarisiert ist, empfindet besonders viel Sympathie für das eigene politische Lager und begegnet anderen Parteien oder deren Anhänger:innen mit Antipathie). Je stärker diese Haltung ausgeprägt ist, desto eher befürworten Menschen den Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei aus der Politik. Bei hoher affektiver Polarisierung ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass jemand den Austausch mit Andersdenkenden als wertvoll erachtet und kompromissbereit ist.
- Im Unterschied zur affektiven Polarisierung hat die allgemeine **Zufriedenheit mit der Demokratie** einen positiven Einfluss auf Kompromiss- und Dialogbereitschaft. Wer zufrieden mit der Demokratie ist, ist auch weniger dazu bereit, andere aus der Politik auszuschliessen. Wer der Demokratie jedoch müde ist, d. h. wer denkt, dass es sich nicht lohnt, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, und dass es nicht wichtig ist, in einer Demokratie zu leben, ist eher bereit, andere aus der Demokratie auszuschliessen und erachtet auch den Dialog mit Andersdenkenden als weniger wertvoll (vgl. Anhang 2 für eine Erklärung der Variable "Demokratiemüdigkeit").

- **Ehrenamtliches und politisches Engagement**, ein höheres politisches Interesse und die Ansicht, dass sich der Austausch mit Andersdenkenden lohnt, stärken die Kompromissbereitschaft.
- Auch die **Art und Weise, wie sich jemand über das politische Geschehen informiert**, ist relevant. So sind Menschen, die sich in Gesprächen mit Freunden und Familien informieren, weniger bereit, die ihnen unbeliebteste Partei aus der Politik auszuschliessen. Sie sehen den Austausch mit Andersdenkenden auch eher als wertvoll an.

Abschliessend scheint uns auch interessant, den Blick auf Faktoren zu legen, die keinen Einfluss haben auf die Bereitschaft, die unsympathischste Partei aus der Politik auszuschliessen, die Einschätzung des Werts des Dialogs und auf die Kompromissbereitschaft. Gemäss unserer Analyse sind dies: Das Geschlecht, die Bildung, das Einkommen und der Wohnort (Stadt, Agglomeration, Land) einer Person.

Über diese Studie

1.1 Zusammenfassung der ersten beiden Teile der Studienreihe

Seit Jahren wird beklagt, die politische Debatte in der Schweiz verhärtete sich, der gesellschaftliche Umgang werde rauer und die Schweiz polarisiere sich stark rund um brisante politische Fragen.

Mit Hilfe einer repräsentativen Befragung der Stimmbevölkerung möchten wir genauer verstehen, entlang welcher Fragen und zwischen welchen politischen und gesellschaftlichen Gruppen die Polarisierung stark ist – und wo allenfalls mehr Gemeinsamkeiten vorhanden sind, und Einigkeit vorherrscht, als oft vermutet.

Im ersten Teil der Studienreihe mit dem Titel "Zwischen Konflikt und Kompromiss – welche politischen Fragen polarisieren die Schweiz?" haben wir den Fokus auf acht politische Sachfragen gelegt: Wir haben untersucht, welche politischen Themen besonders polarisieren, wer besonders polarisiert und am wenigsten kompromissbereit ist (Scherrer et al., 2024).

Besonders stark polarisiert sind die Meinungen und Emotionen der Schweizerinnen und Schweizer, wenn es um die Zuwanderung, die Unterstützung der Ukraine und Pandemiemassnahmen geht. Auch die affektive Polarisierung ist in der Frage der Zuwanderung besonders ausgeprägt: So begegnet ein grosser Anteil der Stimmbevölkerung Personen, die sich für eine Erleichterung der Zuwanderung aussprechen, mit äusserst starken Antipathien.

Affektiv am wenigsten stark polarisieren die Ausgestaltung des Sozialstaats, die Gleichstellung von Frauen und der Schutz sexueller Minderheiten. Gleichzeitig messen die Schweizer:innen der Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistungen und der Gleichstellung eine äusserst hohe Bedeutung zu und schätzen sich bei diesen Themen auch als besonders kompromissbereit ein.

Wähler:innen der SVP und SP sind im Schnitt affektiv am stärksten polarisiert. Ebenso sind ältere Generationen und politisch aktive Menschen eher affektiv polarisiert. Hingegen sind Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und die den politischen Institutionen, den Medien, und generell anderen Menschen vertrauen, affektiv eher weniger stark polarisiert.

Im zweiten Teil der Studienreihe mit dem Titel "Wir und die Anderen – Antipathien und Sympathien in der Schweizer Bevölkerung" haben wir die Sympathien und Antipathien zwischen politischen und gesellschaftlichen Gruppen sowie das Vertrauen in Institutionen untersucht. Eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ist der Meinung, dass sich der Austausch mit Personen lohnt, die politisch eine ganz andere Meinung vertreten als sie selbst (Scherrer et al., 2025).

Die Stimmbevölkerung bringt der SVP als Partei, wie auch den SVP-Wähler:innen als politische Gruppe ausgeprägte Antipathien entgegen. Gleichzeitig vergeben SVP-Wähler:innen fast allen Parteien und deren Wählerschaften jeweils die tiefsten Sympathiewerte. Im Kontrast dazu bringen Schweizer:innen aller parteipolitischer Couleur der Mitte-Partei und ihrer Wählerschaft vergleichsweise positive Gefühle entgegen. Wähler:innen mit einer Präferenz für die FDP oder die SVP bringen Wähler:innen aus den links-grünen Lagern weniger Sympathien entgegen als links-grüne Wähler:innen den Wähler:innen aus dem konservativen, rechten Lager. Die Bevölkerung beurteilt ausserdem gesellschaftliche Gruppen, die kontroverse politische Fragen thematisieren (Klimaaktivist:innen und Pandemie-Massnahmegegner:innen) am negativsten. Gesellschaftliche Gruppen, die in der Wahrnehmung der Mehrheit von Normen abweichen oder marginalisiert sind (wie die reichsten 1 Prozent, Asylbewerber:innen und non-binäre Personen) sind ebenfalls mit viel Antipathie konfrontiert.

Am meisten Vertrauen setzen die Schweizer:innen in die Wissenschaft. Ebenfalls hohes Vertrauen hat die Stimmbevölkerung in die Polizei und die Justiz. Wenig Vertrauen bringen die Befragten hingegen für religiöse Einrichtungen, die Medien, die EU und politische Parteien auf.

1.2 Motivation dieses Studienteils

In den ersten beiden Teilen der Studienreihe haben wir also die politische und emotionale Polarisierung der Schweizer Stimmbevölkerung beschrieben und analysiert. Wir erachten diese Polarisierung per se noch nicht als problematisch. Unterschiedliche Ansichten und Meinungen und deren Abbildung im Parteiensystem sind

in einer pluralen Demokratie normal und wichtig. Dass sich Menschen mit gegensätzlichen (politischen) Meinungen wenig sympathisch sind, gehört dazu. Wir müssen aber gleichzeitig als demokratische Gesellschaft in der Lage sein, laufend neue politische Fragen zu verhandeln. Komplexe Herausforderungen bedürfen mehrheitsfähiger, tragfähiger Lösungen, die wir nur gemeinsam aushandeln können. Dazu ist es von zentraler Bedeutung, dass wir unterschiedliche Perspektiven anhören, unsere Meinungsverschiedenheiten kontrovers austragen und uns für gegenseitiges Verständnis stark machen. Wenn die Gräben zwischen Menschen zu tief und die Positionen unversöhnlich werden, kann Polarisierung zum Problem werden.

Exkurs: Was lernen wir aus der Konflikttheorie und aus der Sozialpsychologie über mögliche schädliche Auswirkungen politischer und affektiver Polarisierung?

Im Zusammenspiel können affektive und politische Polarisierung zu einer Verhärtung von Positionen, Meinungen und Identitäten führen, die es uns erschweren, unsere gemeinsamen Herausforderungen zu diskutieren und Lösungen zu finden.

Aus demokratiepolitischer und sozialpsychologischer Sicht ist es dann problematisch, wenn Personen nicht nur starke Antipathien gegenüber Menschen haben, die anders denken und leben, sondern andere Menschen auch moralisch abwerten. Für unsere Demokratie wird es dann gefährlich, wenn sich die Bewohner:innen des Landes gegenseitig mit Misstrauen und Vorurteilen begegnen, sich gegenseitig niedere Motive unterstellen oder sich gegenseitig die Legitimität absprechen, überhaupt Teil der Gesellschaft oder des politischen Systems zu sein. Dann untergräbt die affektive Polarisierung die Toleranz, die wir brauchen, um als vielfältige Gesellschaft friedlich zusammenleben zu können.

Starke emotionale Polarisierung in Verbindung mit politischen Frontenbildungen kann die Fähigkeit der Schweizer Politik schwächen, breit abgestützte Kompromisse zu politischen Herausforderungen zu entwickeln. Diese Kompromissfähigkeit ist für die Leistungsfähigkeit des Schweizer Konkordanzsystems, welches im Bundesrat die grosse Mehrheit der Parteien und damit der Wähler:innen abbildet, von existentieller Bedeutung (vgl. die Debattenbeiträge mit einer Zusammenfassung relevanter Literatur in Scherrer 2022, 2024). Einer politischen Frage einen hohen Stellenwert zuzuordnen, scheint hingegen nicht mit hoher affektiver Polarisierung zu korrelieren.

1.3 Methodik und Aufbau

Für die Publikationsreihe zum Thema Polarisierung haben wir in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern im Juni 2024 eine nach Altersverteilung, Geschlechtszugehörigkeit und Wohnort (Kanton) quotengesteuerte Bevölkerungsumfrage unter den Teilnehmenden des Online-Sample des Datendienstleisters Bilendi durchgeführt. Zusätzlich haben wir noch nach der Parteipräferenz gewichtet, sodass die 2'573 Teilnehmenden ein für die Schweizer Stimmberechtigten repräsentatives Sample abbilden. Im Zentrum der Umfrage standen die Fragen zur Ermittlung der affektiven Polarisierung in Bezug auf Parteien, gesellschaftliche Gruppen und Themen.

In Kapitel 2 zeigen wir die Resultate unserer Bevölkerungsbefragung mit Blick auf den Austausch mit politisch Andersdenkenden, die Kompromissbereitschaft sowie die Bereitschaft, die unbeliebteste Partei vom politischen Diskurs und/oder Prozess auszuschliessen. In Kapitel 3 analysieren wir mit Hilfe von Regressionsmodellen den Einfluss verschiedener soziodemographischer, politischer und sozialpsychologischer Faktoren auf diese Variablen.

2. Demokratie- fördernde und demokratie- gefährdende Einstellungen

In diesem Kapitel legen wir den Fokus auf drei für die Demokratie besonders wichtige beziehungsweise problematische Einstellungen:

1. Die Bereitschaft, die unbeliebteste Partei vom politischen Diskurs und/oder von Wahlen und Abstimmungen auszuschliessen;
2. Die Einschätzung des Werts des Austauschs mit politisch Andersdenkenden;
3. Die Kompromissbereitschaft.

Wieso fokussieren wir auf diese drei Einstellungen?

-
- **Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei:** Für eine Demokratie ist es zentral, dass alle ihre Meinungen in die öffentliche Debatte und die politische Entscheidungsfindung einbringen können. Daraus folgt, dass sich auch verschiedene politische Kräfte als Parteien organisieren dürfen. Die Demokratie lebt also davon, dass alle einen Platz am Entscheidungstisch haben und friedlich um Macht und Kompromisse ringen. Daraus folgt wiederum, dass wir als Bürger:innen auch politische Parteien akzeptieren müssen, die uns unsympathisch und ideologisch fremd sind – solange sie die fundamentalen demokratischen Spielregeln akzeptieren.
-
- **Einschätzung des Werts des Dialogs:** Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Vielfalt ihrer Bürger:innen, die ihre Leben nach sehr unterschiedlichen Werten ausrichten und auch sehr unterschiedlich gestalten. Mit Andersdenkenden den Dialog zu suchen, verstehen wir als Ausdruck davon, dass wir uns für die Perspektive des anderen interessieren, ohne uns sympathisch finden oder politisch einig sein zu müssen.
-

-
- **Kompromissbereitschaft:** Die Bereitschaft zum Kompromiss, auch bei Themen, die einem politisch besonders am Herzen liegen, ist eine Grundvoraussetzung für eine plurale Demokratie. Für eine gemeinsame Zukunftsgestaltung ist es unerlässlich, dass wir gewillt sind, ein Stück von unserem Standpunkt abzurücken. Im Gegenzug dazu können auch politische Gegner:innen ein Stück auf uns zukommen, was es ermöglicht, eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten.
-

Die exakte Formulierung der entsprechenden, in der Umfrage gestellten Fragen und ihre Skalen finden sich in Tabelle 2 im Anhang 2.

2.1 Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei aus der Politik

37,7% der Stimmbevölkerung findet, es wäre besser für die Schweiz, wenn diejenige Partei, die ihnen am unbeliebtesten ist, vom politischen Prozess (das heisst beispielsweise von den Wahlen) ausgeschlossen würde. Etwas weniger, aber immer noch mehr als ein Drittel, nämlich 35,1% fänden es besser für die Schweiz, wenn die ihnen unbeliebteste Partei vom politischen Diskurs (das heisst beispielsweise von öffentlichen Debatten) ausgeschlossen würde (Abbildung 1).

Untersuchen wir die Antworten nach Parteipräferenz (Abbildungen 2 und 3), zeigt sich, dass SVP-Wähler:innen einen Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei im Vergleich mit anderen Partei-Wähler:innen am deutlichsten befürworten. Über ein Drittel der SP-, Grünen- und FDP-Wähler:innen findet ebenfalls, ein Ausschluss ihrer unbeliebtesten Partei wäre (eher) besser für die Schweiz. Sympathisant:innen der Mitte und noch klarer der glp befürworten einen solchen Ausschluss am seltensten.

2.2 Bereitschaft zum Austausch mit Andersdenkenden

Drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer sind der Ansicht, dass sich der Austausch mit Personen lohnt, die politisch eine ganz andere Meinung vertreten als sie selbst. Weniger als 5% sieht das überhaupt nicht so (Abbildung 4).

Knapp über 20% der Befragten geben an, dass sie nie mit politisch Andersdenkenden über politische oder gesellschaftliche Themen sprechen. Fast 40% tun dies ein bis zweimal im Monat, ebenso viele (40%) führen solche Gespräche mindestens einmal pro Woche (Abbildung 5).

Deutlich weniger häufig unterhalten sich die Schweizer:innen über politische oder gesellschaftliche Themen mit Menschen einer anderen Hautfarbe, sexuellen Orientierung, Religion oder sozialen Schicht. Hier ist allerdings anzumerken, dass den Personen diese Merkmale unter Umständen im Gespräch nicht bekannt sind.

2.3 Kompromissbereitschaft

Die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, ist für das Funktionieren der Entscheidungsprozesse in einer pluralen Demokratie von zentraler Bedeutung.

Wir sehen in unseren Daten, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer vor allem beim Thema der Zuwanderung wenig kompromissbereit zeigen. Hier ist die Differenz zwischen den Nicht-Kompromissbereiten und Kompromissbereiten am grössten. Auch bei der Unterstützung der Ukraine sowie bei den Beziehungen zur EU zeigen sich mehr Schweizer:innen nicht kompromissbereit als kompromissbereit.

Das umgekehrte Bild sehen wir bei der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft, der Frage nach dem Sozialstaat und seiner Finanzierung sowie beim Klimaschutz, etwas weniger ausgeprägt auch bei den Pandemiemassnahmen. In diesen Fragen sind höhere Anteile der Schweizer Stimmbevölkerung kompromissbereit als nicht. Ambivalent ist die Sache beim Schutz sexueller Minderheiten. Fast ebenso viele Schweizer:innen schätzen sich als kompromissbereit ein, wie nicht. Der Anteil jener, die punkto Kompromissbereitschaft keine klare Neigung zeigen, ist hier mit fast 49% jedoch auch sehr hoch.

Abbildung 1: Bereitschaft zum Ausschluss (in %)

■ Nein ■ Eher nein ■ Eher ja ■ Ja

Es wäre besser für die Schweiz,
wenn die mir am wenigsten beliebte
Partei aus dem politischen Prozess
ausgeschlossen würde



Es wäre besser für die Schweiz,
wenn die mir am wenigsten beliebte
Partei aus dem politischen Diskurs
ausgeschlossen würde

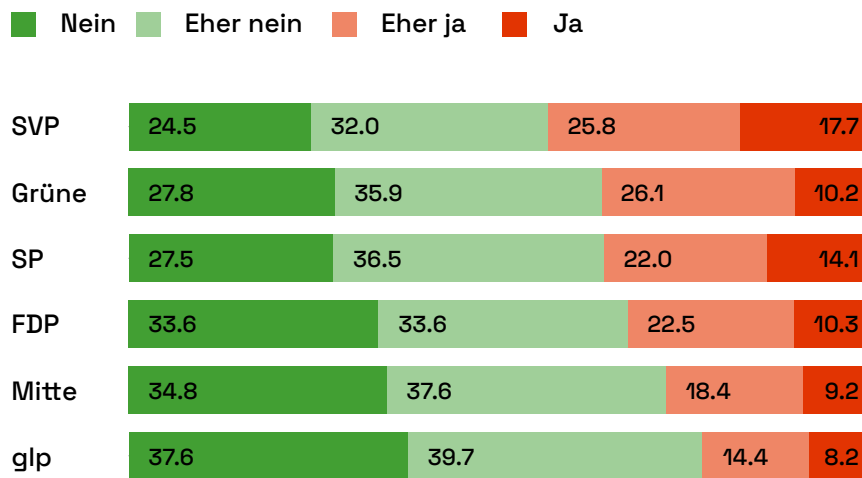


Frage im Original: Wenn Sie an diejenige Schweizer Partei denken, die Sie am wenigsten mögen: Finden Sie, dass es für die Schweiz besser wäre, wenn diese Partei (1) ...vom politischen Prozess ausgeschlossen wäre (z.B. nicht mehr bei Wahlen teilnehmen dürfte)? (2) ...vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wäre (z.B. bei öffentlichen Debatten nicht mehr eingeladen würde)?

Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

© Pro Futuris/Universität Bern

Abbildung 2: Bereitschaft zum Ausschluss aus Diskurs nach Parteipräferenz (in %)

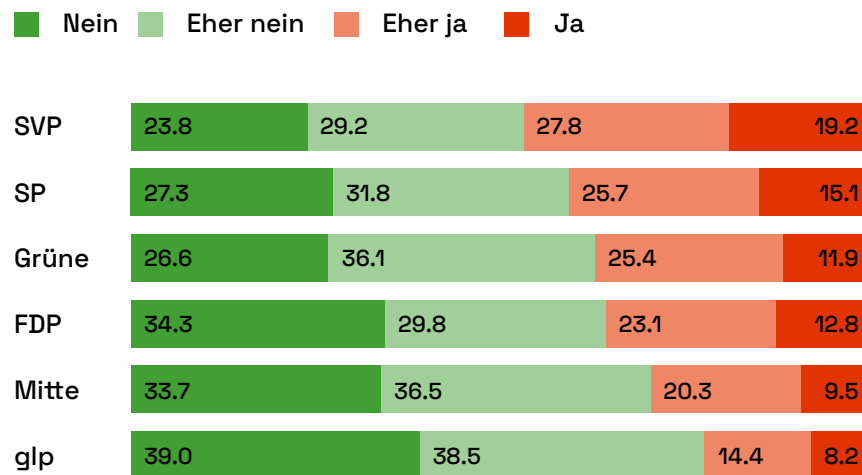


Frage im Original: Wenn Sie an diejenige Schweizer Partei denken, die Sie am wenigsten mögen: Finden Sie, dass es für die Schweiz besser wäre, wenn diese Partei vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wäre (z.B. bei öffentlichen Debatten nicht mehr eingeladen würde)?

Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

© Pro Futuris/Universität Bern

Abbildung 3: Bereitschaft zum Ausschluss aus Prozess nach Parteipräferenz (in %)



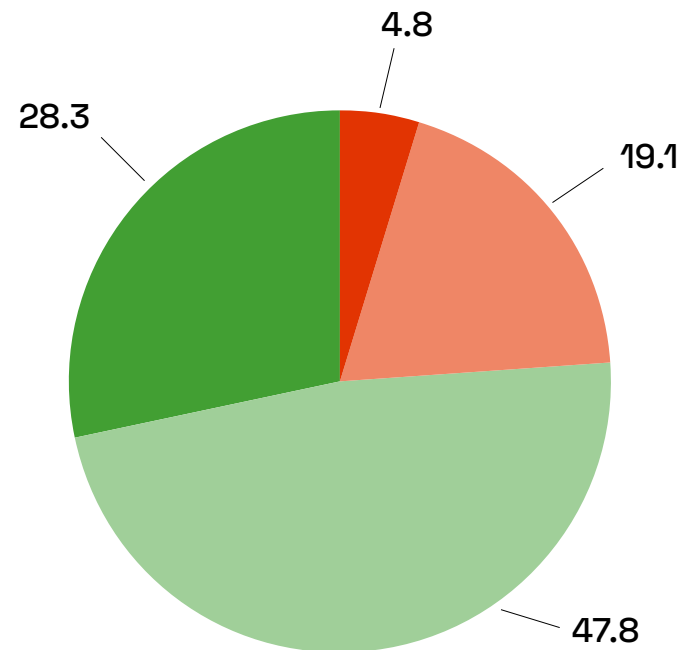
Frage im Original: Wenn Sie an diejenige Schweizer Partei denken, die Sie am wenigsten mögen: Finden Sie, dass es für die Schweiz besser wäre, wenn diese Partei vom politischen Prozess ausgeschlossen wäre (z.B. nicht mehr bei Wahlen teilnehmen dürfte)?

Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

© Pro Futuris/Universität Bern

Abbildung 4: Einschätzung des Werts des Austauschs mit Andersdenkenden (in %)

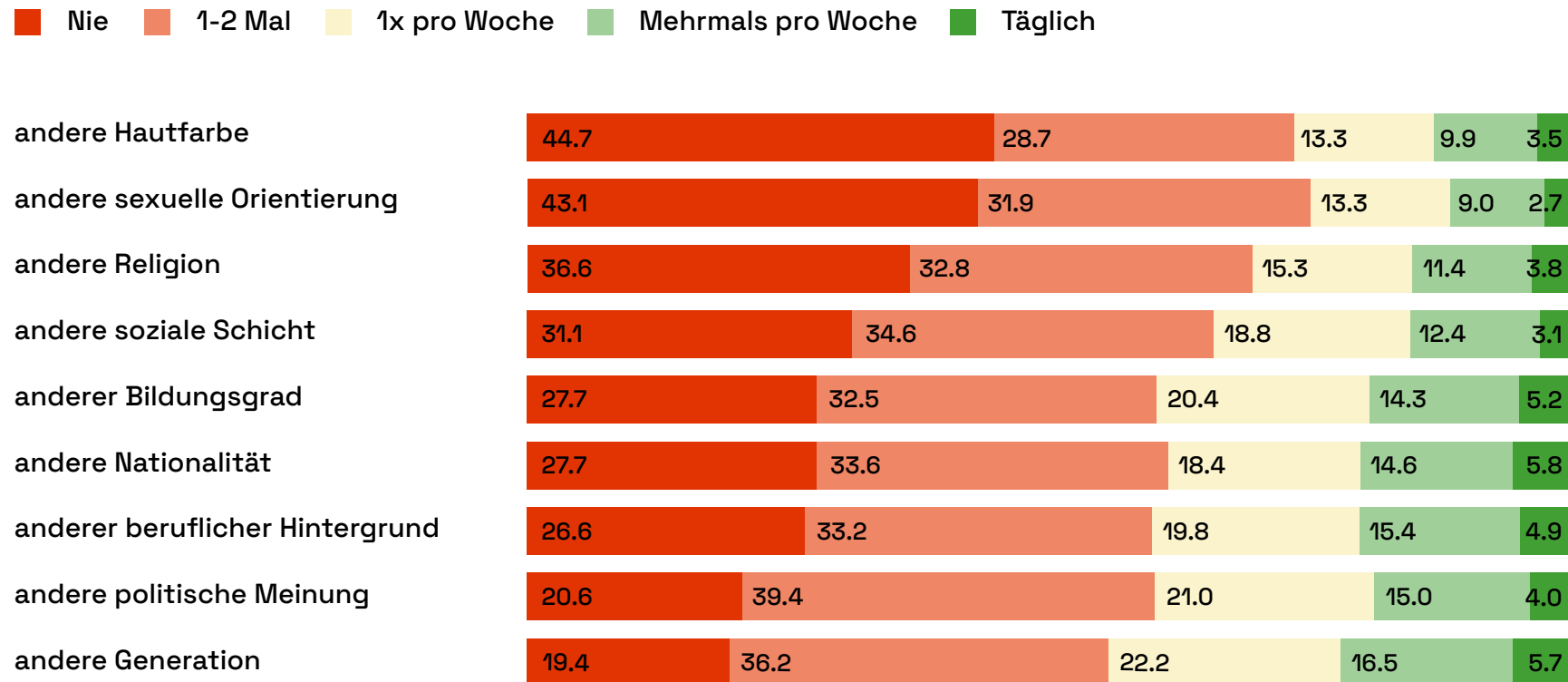
■ Lohnt sich nicht ■ Lohnt sich eher nicht ■ Lohnt sich eher ■ Lohnt sich



Frage im Original: *Denken Sie, es lohnt sich, sich mit Personen auszutauschen, die politisch eine ganz andere Meinung vertreten als Sie?*
Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

© Pro Futuris/Universität Bern

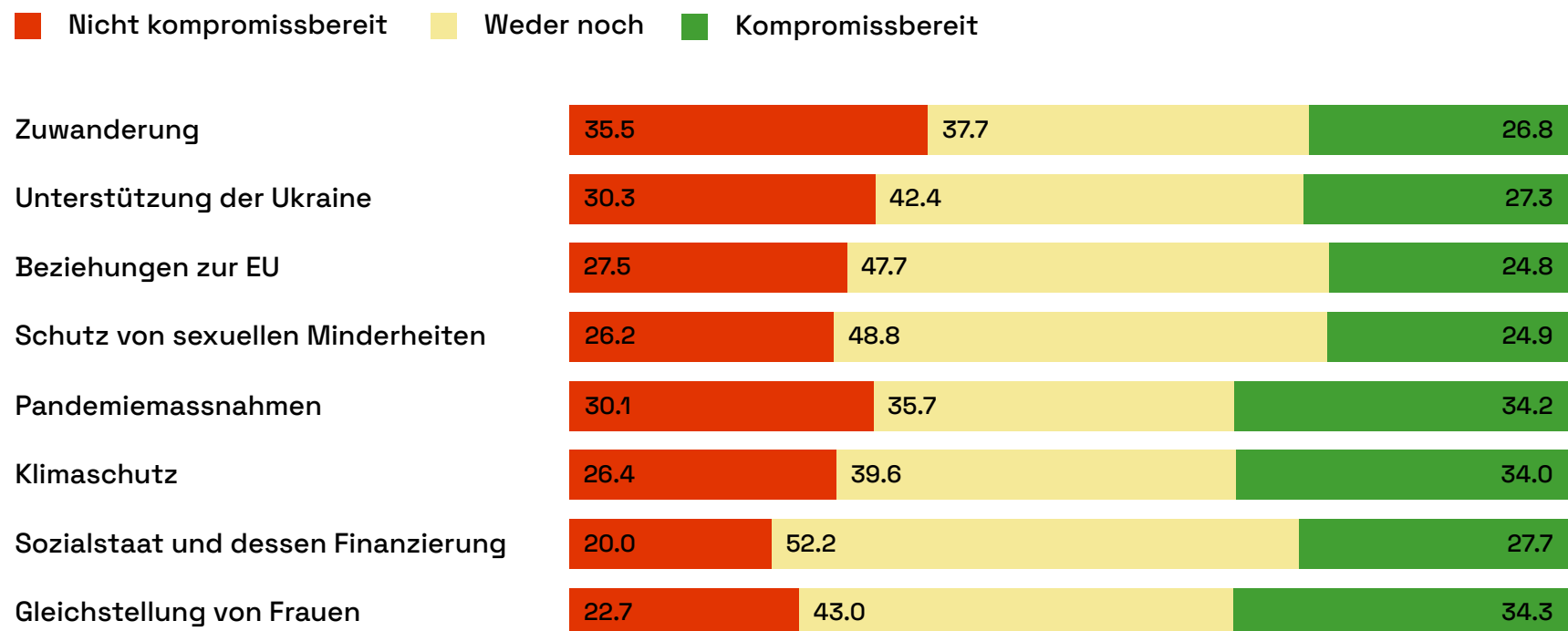
Abbildung 5: Häufigkeit von Gesprächen mit Andersdenkenden über politische oder gesellschaftliche Themen (in %)



Frage im Original: *Wie häufig haben Sie im vergangenen Monat über politische oder gesellschaftliche Themen mit Personen ausserhalb Ihrer Familie gesprochen, die bei den nachfolgenden Merkmalen völlig anders sind als Sie?*

Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

Abbildung 6: Kompromissbereitschaft nach Themen (in %)



Zugrunde liegende Daten: Selbsteinschätzung der Befragten zu ihrer Kompromissbereitschaft in den acht Sachfragen

Skala: 0 (gar nicht kompromissbereit), 5 (neutral) bis 10 (sehr kompromissbereit)

Kategorien: Nicht kompromissbereit = 0-3. Weder noch = 4-6. Kompromissbereit = 7-10.

Gewichtet wurde nach Alter, Geschlecht, Sprachregion und Parteinähe. (N=2'565).

© Pro Futuris/Universität Bern

3. Analyse:
Was erklärt die
Bereitschaft, andere
aus der Politik
auszuschliessen,
mit
Andersdenkenden
in den Austausch
zu treten und
Kompromisse
einzugehen?

Kapitel 2 zeigt, dass Schweizer:innen den Austausch mit politisch Andersdenkenden unterschiedlich wertvoll finden, dass sie mit Blick auf politische Fragen unterschiedlich kompromissbereit sind und dass sie sich auch in der Bereitschaft unterscheiden, die ihnen unbeliebteste Partei aus Diskurs und Wahlen auszuschliessen.

In diesem Kapitel untersuchen wir, welche Faktoren diese Unterschiede erklären könnten. Dazu haben wir verschiedene Regressionsmodelle berechnet. Regressionsanalysen sind ein Instrument, um Korrelationen zwischen einer abhängigen Variable und einer Reihe unabhängiger Variablen zu untersuchen. Sie ermöglichen es, den Einfluss einzelner Faktoren auf ein bestimmtes Verhalten oder eine Einstellung zu isolieren, indem sie andere mögliche Einflussfaktoren statistisch konstant halten. Wichtig dabei ist: Regressionsmodelle liefern Hinweise auf mögliche Kausalzusammenhänge, aber keinen Beweis.

In Kapitel 3.1 erklären wir, welche Einflussfaktoren («erklärende Variablen») wir in der Analyse verwendet haben. In den Kapitel 3.2 bis 3.4 geben wir die Resultate wieder.

3.1. Mögliche Einflussfaktoren

Mögliche erklärende Faktoren unterteilen wir in soziodemographische, politische und sozialpsychologische Variablen.

Mögliche soziodemographische Einflussfaktoren:

Der mögliche Einfluss klassischer soziodemographischer Variablen ist stets von Interesse, um politische und gesellschaftliche Phänomene zu erklären. Zu diesen Variablen gehören das Alter, das Geschlecht, das Einkommen und der Bildungsgrad (d. h. der höchste Bildungsabschluss). Um allfällige Unterschiede zwischen verschiedenen Landesteilen erfassen zu können, inkludieren wir zudem den Wohnort (Land, Agglomeration, Stadt) und die hauptsächlich gesprochene Landessprache (Deutsch oder Französisch) in unsere Analysen.

Mögliche demokratiepolitische Einflussfaktoren

Für eine mögliche Erklärung ziehen wir auch politische Einstellungen und Verhaltensweisen her-

bei, nämlich die Parteiwahl, das politische Interesse, die politische Aktivität, das ehrenamtliche Engagement, die Zufriedenheit mit der Demokratie, das institutionelle Vertrauen, die Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen und das Ausmass der Demokratiemüdigkeit. Solche politischen Faktoren stehen im Zentrum der politikwissenschaftlichen Forschung.

Aus dem ersten Teil der Studienreihe (vgl. Scherrer et al., 2024) wissen wir beispielsweise, dass der Grad an politischem Interesse und das Ausmass politischer Aktivitäten wie auch die Art und Weise, wie sich eine Person informiert einen verstärkenden Einfluss auf die affektive Polarisierung haben.

Mögliche sozialpsychologische Einflussfaktoren

Als dritte Kategorie möglicher erklärender Faktoren stützen wir uns auf sozialpsychologische Selbsteinschätzungen. Dazu gehören das soziale Vertrauen, die subjektiv gefühlte Einsamkeit, die Einschätzung des eigenen gesellschaftlichen Status sowie die Einschätzung der individuellen relativen Deprivation (d. h. der Wahrnehmung davon, ob einem materiell mehr zustehen würde, als man hat).

Damit nehmen wir neuere Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie und der Populismusforschung auf, die nahelegen, dass nicht nur sozioökonomische und politische Faktoren, sondern insbesondere auch Fragen der Selbstwahrnehmung und der sozialen Identifikationen einen Einfluss auf politisches Verhalten haben (vgl. dazu etwa die Moral Foundations Theory von Jonathan Haidt - zusammengefasst im Buch «The Righteous Mind» von 2022, die populärwissenschaftliche Zusammenfassung der Polarisierungsforschung von Ezra Klein in «Why we're Polarised» von 2022, oder die Studien von More in Common (vgl. Krause und Gagné, 2019).

Alle Faktoren, die wir zur Erklärung beiziehen, beruhen auf der Selbsteinschätzung der Umfrageteilnehmer:innen. Den Einfluss kontextueller Faktoren untersuchen wir in dieser Studie nicht. Die exakte Formulierung der entsprechenden, in der Umfrage gestellten Fragen und ihre Skalen finden sich in Tabelle 2 im Anhang 2.

3.2 Resultate: Einflussfaktoren auf die Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei

Wir haben mit Hilfe eines Regressionsmodells (siehe Anhang 1) analysiert, welche Faktoren einen Einfluss auf die Bereitschaft haben, die einem unbeliebtesten Partei aus der Politik auszuschliessen.

Faktoren, welche die Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei erhöhen:

Die folgenden Faktoren haben einen signifikanten Zusammenhang mit einer erhöhten Zustimmung zum Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei

- **Benachteiligungsgefühl:** Personen, die sich stärker benachteiligt fühlen, zeigen eine höhere Zustimmung zum Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei.
- **Nutzung von Sozialen Medien als Informationsquelle:** Personen, die soziale Medien als Informationsquelle nutzen, zeigen eine höhere Zustimmung zum Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei.
- **Demokratiemüdigkeit:** Personen, die eher demokratiemüde sind, stimmen dem Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei mit höherer Wahrscheinlichkeit zu.
- **Vertrauen in Medien:** Ist das Vertrauen einer Person in die Medien höher, stimmt diese dem Ausschluss der ihr unbeliebtesten Partei eher zu.
- **Parteibezogene affektive Polarisierung:** Personen, die gegenüber anderen Parteiwähler:innen affektiv stark polarisiert sind, stimmen dem Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei eher zu.

Faktoren, welche die Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei verringern:

Diese Faktoren gehen mit einer statistisch signifikanten Wahrscheinlichkeit mit einer verringerten Zustimmung zum Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei einher.

- **Austausch mit Andersdenkenden:** Befragte, die häufiger mit Menschen mit einer anderen Meinung im Austausch stehen, zeigen eine verringerte Zustimmung zum Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei.

- **Vertrauen in die Regierung:** Ein erhöhtes Vertrauen in die Regierung geht mit einer tieferen Zustimmung zum Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei einher.

- **Alter:** Mit zunehmendem Alter zeigen die Befragten eine tiefere Zustimmung zum Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei.

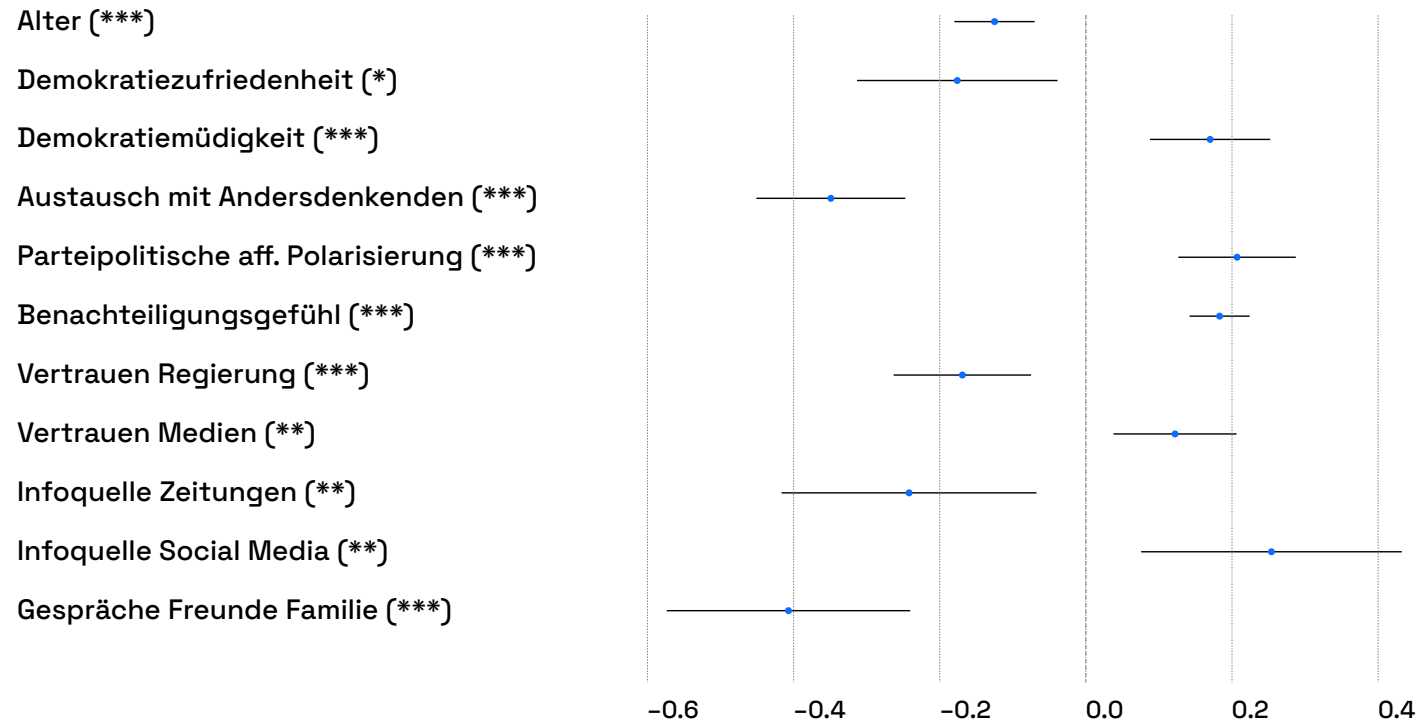
- **Gespräche mit Freunden und Familie über Politik:** Personen, die im privaten Umfeld Gespräche über Politik führen, zeigen eine niedrigere Zustimmung zum Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei.

- **Zufriedenheit mit der Demokratie:** Personen, die zufriedener mit der Demokratie sind, stimmen dem Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei weniger zu.

- **Nutzung von Zeitungen zur politischen Information:** Personen, die sich über Zeitungen politisch informieren, zeigen eine tiefere Zustimmung zum Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei.

Wir sehen insbesondere bei den Demokratie-Variablen einen starken Zusammenhang mit der Zustimmung der Befragten zum Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei. Besonders signifikant für eine Zunahme der Zustimmung ist gemäss unserem Modell ein erhöhtes Benachteiligungsgefühl, eine stärkere Demokratiemüdigkeit sowie eine Nutzung von Social Media als Informationsquelle. Eine tiefere Bereitschaft, die unbeliebteste Partei aus der Politik auszuschliessen, finden wir in unserer Analyse bei Personen, die sich häufiger mit Andersdenkenden austauschen, ein höheres Vertrauen in die Regierung oder ein höheres Alter aufweisen, sowie bei denjenigen, die sich im Gespräch mit Freunden und Familie über Politik informieren.

Abbildung 7: Statistisch relevante Einflussfaktoren auf die Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei



Die Grafik zeigt die statistisch signifikanten Einflussfaktoren auf die Bereitschaft, die unbeliebteste Partei aus der Politik auszuschliessen. Die Punkte repräsentieren den jeweiligen Koeffizienten; Werte rechts der Nulllinie deuten darauf hin, dass eine Zunahme der Variable die Zustimmung zum Ausschluss erhöht. Werte links davon bedeuten, dass die Variable mit einer geringeren Zustimmung zum Ausschluss verbunden ist. Die horizontalen Linien zeigen das 95%-Konfidenzintervall an: Wenn diese Linien die Nulllinie nicht berühren, ist der Effekt statistisch signifikant. Sterne (*, **, ***) geben die Stärke der Signifikanz an.

Die vollständigen Regressionstabellen finden sich in Anhang 1.

3.3 Resultate: Einflussfaktoren auf den Austausch mit Andersdenkenden

Wir haben mit Hilfe eines Regressionsmodells (siehe Anhang 1) analysiert, welche Faktoren einen Einfluss darauf haben, als wie wertvoll jemand den Austausch mit politisch Andersdenkenden einschätzt.

Faktoren, welche die Bereitschaft zum Austausch mit Andersdenkenden erhöhen:

Diese Faktoren gehen mit einer signifikant höheren Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden einher:

- **Sprache Französisch:** Personen, die Französisch sprechen, zeigen eine höhere Bereitschaft zum Austausch mit Andersdenkenden.
- **Sozialvertrauen:** Personen, die ein höheres Vertrauen in andere Menschen haben, zeigen auch eine erhöhte Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden.
- **Politisches Interesse:** Stärker politisch interessierte Personen zeigen eine erhöhte Bereitschaft zum Austausch mit Andersdenkenden.
- **Gespräche mit Familie und Freunden über Politik:** Personen, die sich im privaten Rahmen politisch austauschen, tun dies auch eher mit politisch Andersdenkenden.
- **Politische Aktivitäten:** Politisch aktivere Menschen zeigen eine höhere Austauschbereitschaft mit Andersdenkenden.
- **Demokratiezufriedenheit:** Mit der Demokratie zufriedenerere Personen zeigen eine erhöhte Bereitschaft, in Dialog mit Andersdenkenden zu treten.

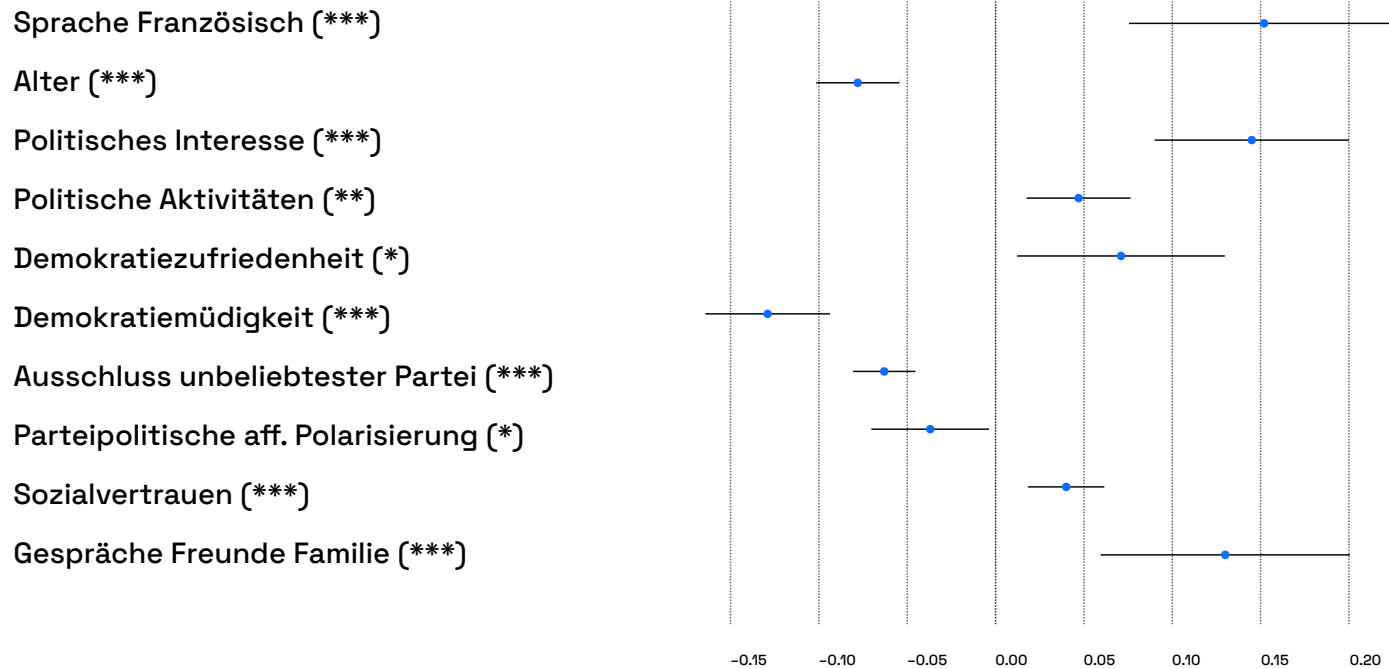
Faktoren, welche die Bereitschaft zum Austausch mit Andersdenkenden verringern:

Diese Faktoren sind statistisch signifikant mit einer geringeren Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden verbunden:

- **Alter:** Personen zeigen mit zunehmendem Alter eine niedrigere Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden.
- **Demokratiemüdigkeit:** Personen, die sich demokratiemüder fühlen, zeigen eine geringere Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden.
- **Zustimmung zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei:** Eine erhöhte Zustimmung zum Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei korreliert mit einer tieferen Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden.
- **Parteibezogene affektive Polarisierung:** Personen, die parteipolitisch stärker affektiv polarisiert sind, zeigen eine geringere Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden weniger mit der Parteizugehörigkeit oder sozio-ökonomischen Faktoren in Zusammenhang steht, sondern vielmehr durch demokratische Überzeugungen, das Kommunikationsverhalten und Vertrauen in die Mitmenschen beeinflusst ist. Gleichzeitig zeigt sich, dass auch die affektive Polarisierung gegenüber anderen Parteiwähler:innen einen negativen Einfluss auf die Einschätzung des Werts des Dialogs mit Andersdenkenden hat (wenn auch in weniger stark signifikanter Art und Weise).

Abbildung 8: Statistisch relevante Einflussfaktoren auf die Einschätzung des Werts des Dialogs mit Andersdenkenden



Die Grafik zeigt die statistisch signifikanten Einflussfaktoren auf die Einschätzung des Werts des Dialogs mit Andersdenkenden. Die Punkte repräsentieren den jeweiligen Koeffizienten; Werte rechts der Nulllinie deuten darauf hin, dass eine Zunahme der Variable die Wertschätzung des Dialogs mit Andersdenken erhöht. Werte links davon bedeuten, dass die Variable mit einer geringeren Wertschätzung des Dialogs verbunden ist. Die horizontalen Linien zeigen das 95%-Konfidenzintervall an: Wenn diese Linien die Nulllinie nicht berühren, ist der Effekt statistisch signifikant. Sterne (*, **, ***) geben die Stärke der Signifikanz an.

Die vollständigen Regressionstabellen finden sich in Anhang 1.

3.4 Resultate: Einflussfaktoren auf die Kompromissbereitschaft

Wir haben mit Hilfe eines Regressionsmodells (siehe Anhang 1), analysiert, welche Faktoren einen Einfluss auf die Kompromissbereitschaft in folgenden acht politischen Sachfragen haben: Sozialstaat und seine Finanzierung, Gleichstellung von Frauen, Zuwanderung, Klimaschutz, Unterstützung der Ukraine, Beziehungen zur EU, Pandemiemassnahmen, Schutz sexueller Minderheiten.

Faktoren, welche die Kompromissbereitschaft erhöhen:

Die folgenden Faktoren gehen mit einer signifikant höheren Kompromissbereitschaft in den acht Sachfragen einher:

- **Demokratiezufriedenheit:** Personen, die zufriedener mit der Demokratie sind, zeigen auch sehr deutlich eine erhöhte Kompromissbereitschaft.

- **Vertrauen in die Regierung und Vertrauen in die Medien:** Personen, die ein erhöhtes Vertrauen in die Regierung bzw. die Medien haben, zeigen in sehr deutlicher Weise eine erhöhte Kompromissbereitschaft.

- **Austausch mit Andersdenkenden:** Personen, die eine erhöhte Bereitschaft zum Austausch mit politisch Andersdenkenden haben, zeigen auch eine höhere Kompromissbereitschaft.

- **Wahl für die Grüne Partei, die glp oder die SP:** Personen mit Präferenz für die Grünen, die glp oder die SP zeigen ebenfalls eine höhere Kompromissbereitschaft.

- **Ehrenamtliches Engagement:** Ein erhöhtes zivilgesellschaftliches Engagement geht mit einer höheren Kompromissbereitschaft einher.

- **Sozialvertrauen:** Personen mit höherem Sozialvertrauen zeigen auch eine erhöhte Kompromissbereitschaft.

- **Nutzung sozialer Medien als Informationsquelle:** Personen, die sich über Social Media politisch informieren, zeigen eine höhere Kompromissbereitschaft.

Faktoren, welche die Kompromissbereitschaft verringern:

Gemäss unserer Analyse haben nur wenige Faktoren einen statistisch signifikant negativen Einfluss auf die Kompromissbereitschaft (dafür sind alle drei Faktoren hochsignifikant, d. h. der Einfluss ist erheblich):

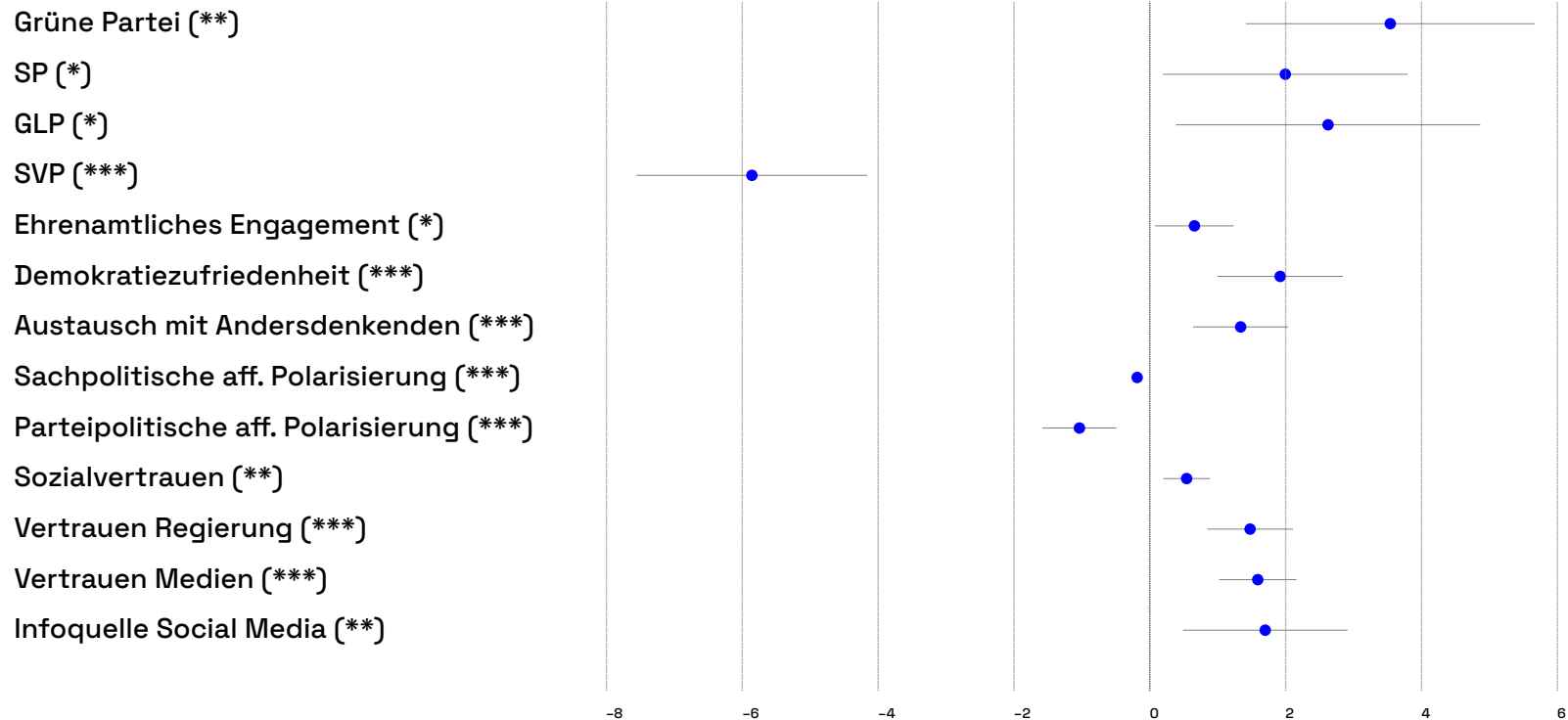
- **Wahl für die SVP:** Personen mit einer politischen Präferenz für die SVP zeigen eine deutlich geringere Bereitschaft zu politischen Kompromissen.

- **Sachpolitische affektive Polarisierung:** Personen, die in Bezug auf sachpolitische Fragestellungen stark affektiv polarisiert sind, zeigen eine niedrigere Kompromissbereitschaft.

- **Parteibezogene affektive Polarisierung:** Personen, die gegenüber anderen Parteiwähler:innen stärker affektiv polarisiert sind, zeigen ebenfalls eine geringere Bereitschaft, politische Kompromisse einzugehen.

Unsere Analyse zeigt, dass die Bereitschaft zum politischen Kompromiss weniger durch soziodemografische Merkmale bestimmt wird, sondern stark mit dem Vertrauen in Institutionen, der Zufriedenheit mit dem System, dem persönlichen Engagement und dem individuellen Kommunikationsverhalten zusammenhängt. Die affektive Polarisierung in Bezug auf Menschen mit anderen politischen Meinungen zu Sachfragen und in Bezug zu Menschen, die andere Parteien wählen, verringert die Bereitschaft der Befragten, politische Kompromisse einzugehen.

Abbildung 9: Statistisch relevante Einflussfaktoren auf die Kompromissbereitschaft



Die Grafik zeigt die statistisch signifikanten Einflussfaktoren auf die Kompromissbereitschaft. Die Punkte repräsentieren den jeweiligen Koeffizienten; Werte rechts der Nulllinie deuten darauf hin, dass eine Zunahme der Variable die Kompromissbereitschaft erhöht. Werte links davon bedeuten, dass die Variable mit einer geringeren Kompromissbereitschaft verbunden ist. Die horizontalen Linien zeigen das 95%-Konfidenzintervall an: Wenn diese Linien die Nulllinie nicht berühren, ist der Effekt statistisch signifikant. Sterne (*, **, ***) geben die Stärke der Signifikanz an.

Die vollständigen Regressionstabellen finden sich in Anhang 1.

Tabelle 1 – Gesamtbetrachtung aller statistisch signifikanter Einflussfaktoren

Einflussfaktoren (unabhängige Variable)	Bereitschaft zum Ausschluss unbeliebtester Partei	Einschätzung des Werts des Dialogs mit Andersdenkenden	Kompromissbereitschaft
Alter			
Bereitschaft Ausschluss un- beliebtester Partei			
Einschätzung des Werts Aus- tausch mit Andersdenkenden			
Benachteiligungsgefühl			
Demokratiemüdigkeit			
Demokratiezufriedenheit			
Ehrenamtliches Engagement			
Infoquelle Gespräche Freunde Familie			
Infoquelle Social Media			
Infoquelle Zeitungen			
Parteipolitische affektive Polarisierung			
Politische Aktivitäten			
Politisches Interesse			
Präferenz für GLP			
Präferenz für Grüne Partei			
Präferenz für SP			
Präferenz für SVP			
Sachpolitische affektive. Polarisierung			
Sozialvertrauen			
Sprache Französisch			
Vertrauen Medien			
Vertrauen Regierung			

Grüne Kästchen bedeuten, dass der Einflussfaktor eine positive Auswirkung auf die demokratie-relevante Variable hat (d. h. geringere Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei, höhere Wertschätzung des Dialogs mit Andersdenkenden und höhere Kompromissbereitschaft), rote Kästchen bedeuten eine entsprechend negative Auswirkung. Die Stärke der Färbung entspricht der Stärke der Signifikanz des jeweiligen Faktors im Regressionsmodell. Die detaillierten Regressionstabellen finden sich im Anhang 1.

4. Fazit: Demokratien brauchen uns

In dieser Studie beleuchten wir, wie es um spezifische Demokratie-relevante Haltungen von Schweizerinnen und Schweizern steht. Wir untersuchen erstens, inwiefern die Schweizer Stimmbevölkerung bereit ist, die ihr unbeliebteste Partei von Abstimmungen und Wahlen sowie aus dem öffentlichen Diskurs auszuschliessen. Zweitens analysieren wir, für wie wertvoll die Bevölkerung den Austausch mit politisch Andersdenkenden erachtet. Drittens untersuchen wir, zu welchem Grad die Bevölkerung bereit ist, politische Kompromisse einzugehen.

Die wichtigsten Resultate in der Übersicht

1. Hohe Zustimmung zum Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei: Mehr als ein Drittel der Schweizer:innen bejaht, dass es gut für die Schweiz wäre, wenn bestimmte Parteien aus der Politik ausgeschlossen würden. Das Gefühl, sozial benachteiligt zu sein, eine starke affektive (d. h. emotionale) Polarisierung und die Einschätzung, dass der Austausch mit Andersdenkenden weniger wertvoll sei, erhöhen die Wahrscheinlichkeit, den Ausschluss der jeweils unbeliebtesten Partei zu bejahen.

2. Breite Einigkeit zum Wert des Austausches: Eine grosse Mehrheit von fast 75% der Schweizer:innen erachtet den Austausch mit Andersdenkenden als wertvoll. Je stärker jemand anderen Menschen vertraut, je stärker jemand politisch interessiert und je weniger jemand demokatiemüde ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass diese Person den Austausch mit Andersdenkenden als wertvoll empfindet. Je stärker jemand affektiv polarisiert ist, umso weniger wahrscheinlich findet er oder sie den Austausch mit Andersdenkenden.

3. Verschiedene Einflussfaktoren auf die Kompromissbereitschaft: Eine Reihe von Faktoren erhöht die individuelle Kompromissbereitschaft, insbesondere die Zufriedenheit mit der Demokratie an sich, das Vertrauen in die Regierung und die Medien, der Austausch mit Andersdenkenden, sowie ehrenamtliches Engagement. Die affektive

Polarisierung und eine politische Präferenz für die SVP haben einen negativen Einfluss auf die Kompromissbereitschaft.

4. Schädliche affektive Polarisierung: Der Grad der individuellen affektiven Polarisierung hat einen klaren negativen Einfluss auf alle drei Haltungen: Sie schwächt die Kompromissbereitschaft, erhöht die Bereitschaft, die jeweils unbeliebteste Partei aus Diskurs und Wahlen auszuschliessen und verringert die Wahrscheinlichkeit, dass jemand den Austausch mit Andersdenkenden als wertvoll erachtet.

Für wen ist am demokratischen Tisch Platz und für wen nicht?

Unsere Resultate werfen neue Fragen auf: Steht die Bereitschaft, andere auszuschliessen, für den Wunsch nach einem System mit klareren Mehrheiten, weniger Widerspruch und rascherer Entscheidungsfindung? Widerspiegelt sie die Einschätzung, dass in einer polarisierten Parteienlandschaft breite Kompromisse kaum noch möglich sind? Oder ist sie Ausdruck einer tief-erliegenden Intoleranz gegenüber anderen Meinungen?

Unsere Analyse weist auf eine Kernspannung unserer Demokratie hin. Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung empfindet den Austausch mit Andersdenkenden grundsätzlich als wertvoll. Diese Einstellung widerspiegelt wohl die abstrakte Vorstellung, dass es zum Leben als Bürger:in einer Demokratie gehört, sich respektvoll mit Menschen auseinanderzusetzen, die ganz andere Meinungen und Vorstellungen haben. Diese Bereitschaft zu Dialog stösst jedoch an klare Grenzen, wenn es darum geht, der jeweils unbeliebtesten, und wohl auch ideologisch fremdesten, Partei konkrete politische Macht zuzugestehen. Hier ziehen mehr als ein Drittel der Schweizer:innen eine Grenze und bejahen den Ausschluss der ihnen unbeliebtesten Partei aus der Politik.

Für uns steht fest: Wir können als demokratische Gesellschaft unsere Zukunft nur dann gemeinsam gestalten, wenn wir uns gegenseitig einen Platz am Verhandlungstisch zugestehen.

Eine demokratische Gesellschaft muss in der

Lage sein, laufend neue politische Fragen zu verhandeln und mehrheitsfähige Lösungen zu entwickeln. Das ist nur möglich, wenn verschiedene Perspektiven im öffentlichen Diskurs Platz haben und eine Mehrheit der Bevölkerung willens ist, Kompromisse mit politischen Kräften einzugehen, die andere Ziele verfolgen. Das bedeutet, dass alle Kräfte, welche die Demokratie selbst akzeptieren, an Diskurs und Entscheidungsfindung teilhaben können müssen.

Demokratien leben davon, dass wir trotz aller Unterschiede auch Gemeinsamkeiten betonen und ungeachtet jeglicher Gruppenzugehörigkeiten jedem Menschen Rechte zusprechen. Damit eine Demokratie funktionieren kann, müssen wir unsere Differenzen kontrovers austragen. Gleichzeitig ist die Demokratie darauf angewiesen, dass wir als Bürger:innen offen sind für Austausch und Kompromisse – insbesondere mit Menschen, die uns eigentlich wenig sympathisch sind.

Wie können wir als Gesellschaft unsere Fähigkeit stärken, konstruktiv mit unseren Unterschieden umzugehen?

Persönliches Engagement als Investition in die Demokratie

Unsere Analyse bringt hervor, dass ehrenamtliches Engagement, politische Aktivität wie auch ein höheres politisches Interesse die Kompromissbereitschaft stärken und die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dem Austausch mit Andersdenkenden einen hohen Wert beizumessen.

Aus dem ersten Studienteil wissen wir zudem, dass ehrenamtliches Engagement die sachpolitische affektive Polarisierung senkt (Scherrer et al., 2024). Ehrenamtliches Engagement bringt uns als Nebeneffekt auch in den Austausch mit Menschen, die in anderen Lebensrealitäten zuhause sind und die politisch anders denken als wir.

Ehrenamtliches Engagement hat also nachweislich zahlreiche positive Effekte. Gleichzeitig wissen wir, dass die Bereitschaft vieler Menschen sinkt, sich neben der Arbeit für politische und gesellschaftliche Anliegen zu engagieren – und dass das Engagement auch sehr ungleich verteilt ist. Menschen mit höherem Bildungsabschluss

und höherem Einkommen engagieren sich beispielsweise besonders häufig (Lamprecht et al., 2020). Für das langfristige Gedeihen der Demokratie ist es entsprechend essenziell, dass ehrenamtliches und politisches Engagement nicht zum Privileg der gut Gebildeten wird. Politik und Unternehmen sind angehalten, Anreize und Freiräume zu schaffen und Hürden zu verringern, damit sich mehr Menschen engagieren können.

Fokus auf die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie

Unsere Analyse zeigt auch, dass die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie einen positiven Einfluss auf Kompromiss- und Dialogbereitschaft und die Bereitschaft hat, andere aus der Politik ausschliessen zu wollen. Wer der Demokratie jedoch müde ist, d. h. wer denkt, dass es sich nicht lohnt, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, und dass es nicht wichtig ist, in einer Demokratie zu leben, ist eher bereit, andere aus der Demokratie auszuschliessen und erachtet auch den Dialog mit Andersdenkenden als weniger wertvoll.

Ähnlich wie mit der Demokratiezufriedenheit verhält es sich mit dem Vertrauen in Regierung und andere Menschen. Wer eher hohes Vertrauen hat, ist auch eher kompromiss- und dialogbereit und ist weniger häufig der Ansicht, dass es gut für die Schweiz wäre, die einem unbeliebteste Partei aus der Politik auszuschliessen.

Damit zeigt sich, dass die Wahrnehmung des demokratischen Systems an sich einen starken Einfluss auf Verhaltensweisen und Haltungen hat, die wiederum notwendig sind, damit die Demokratie überhaupt funktionieren kann. Gleichzeitig wissen wir, dass diese Zufriedenheit bröckelt. Denn eine Analyse von 2023 zeigt, dass fast die Hälfte der Bevölkerung bezweifelt, dass die Politik fähig sein wird, die grossen Fragen der Zukunft zu lösen (Scherrer et al., 2023). Entsprechend ist es zentral für die Schweiz, die im internationalen Vergleich hohe Zufriedenheit ins politische System der Schweiz nicht als gegeben hinzunehmen: das politische System muss in die eigene Problemlösungsfähigkeit investieren und damit der Bevölkerung zeigen, dass die Demokratie funktioniert und es sich lohnt, sich für sie einzusetzen.

Anhang

Anhang 1: Regressionen

Die geschätzten Regressionskoeffizienten (in der Spalte "Estimates") geben an, in welche Richtung (positiv oder negativ), und in welchem Ausmass eine unabhängige Variable mit der im Modell im Zentrum stehenden abhängigen Variable zusammenhängt.

Regression der Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei

Weighted Residuals:

Min	1Q	Median	3Q	Max
-4.6571	-1.2877	-0.0886	1.1809	6.0278

Coefficients:

	Estimate	Std. Error	t	value	Pr(> t)
(Intercept)	2.9805619	0.4515128	6.601	5.22e-11 ***	
Sprache_F	-0.1791151	0.0929624	-1.927	0.054154 .	
Frau	0.0917148	0.0832887	1.101	0.270958	
Alter	-0.1249451	0.0278586	-4.485	7.71e-06 ***	
Ländlich	0.0742823	0.0943080	0.788	0.430992	
Städtisch	0.1633519	0.1052964	1.551	0.120977	
Einkommen	0.0035916	0.0233728	0.154	0.877890	
Bildung	-0.0792728	0.0572503	-1.385	0.166309	
Politisches Interesse	0.1157022	0.0654527	1.768	0.077261 .	
Grüne	-0.1012886	0.1603453	-0.632	0.527662	
SP	0.0902477	0.1360158	0.664	0.507082	
GLP	-0.1384878	0.1690986	-0.819	0.412898	
FDP	0.0862615	0.1425611	0.605	0.545192	
SVP	0.0569581	0.1282988	0.444	0.657128	
Ehrenamtliches Engagement	0.0419715	0.0436289	0.962	0.336160	
Politische Aktivitäten	0.0071118	0.0357800	0.199	0.842467	
Demokratiezufriedenheit	-0.1756850	0.0699378	-2.512	0.012083 *	
Demokratiemüdigkeit	0.1700280	0.0424118	4.009	6.32e-05 ***	
Wert d. Austausches mit Andersdenkenden	0.3487119	0.0522648	-6.672	3.26e-11 ***	
Affektive Polar. – Sachfragen	0.0009979	0.0025926	0.385	0.700356	
Affektive Polar. – Parteiwähler	0.2070588	0.0408241	5.072	4.30e-07 ***	
Benachteiligungsgefühl	0.1829526	0.0209124	8.749	<2e-16 ***	
Sozialvertrauen	0.0127754	0.0260796	0.490	0.624286	
Vertrauen Regierung	-0.1689826	0.0475383	-3.555	0.000387 ***	
Vertrauen Medien	0.1221293	0.0428681	2.849	0.004432 **	
Infoquelle Zeitungen	-0.2420508	0.0894936	-2.705	0.006896 **	
Infoquelle TV	-0.1285158	0.0879316	-1.462	0.144025	
Infoquelle SocialMedia	0.2541593	0.0913049	2.784	0.005426 **	
Infoquelle Gespräche	-0.4074309	0.0854737	-4.767	2.01e-06 ***	
Freunde Familie					

Signif. codes: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1

Residual standard error: 1.706 on 1979 degrees of freedom
(1129 observations deleted due to missingness)

Multiple R-squared: 0.2253, Adjusted R-squared: 0.2143

F-statistic: 20.55 on 28 and 1979 DF, p-value: < 2.2e-16

Die erklärte Varianz des Modells liegt bei rund 21 % (adjustiertes $R^2 = 0.2143$),
das Modell ist hochsignifikant ($F(28, 1979) = 20.11$, $p < 0.001$).

Regression der Einschätzung des Werts des Austausches

Weighted Residuals:

Min	1Q	Median	3Q	Max
-2.81191	-0.40916	0.02469	0.53008	1.89854

Coefficients:

	Estimate	Std. Error	t	value	Pr(> t)
(Intercept)	2.713e+00	1.843e-01	14.720	<2e-16 ***	
Sprache_F	1.516e-01	3.943e-02	3.845	0.000124 ***	
Frau	-6.416e-02	3.541e-02	-1.812	0.070139 .	
Alter	-7.788e-02	1.178e-02	-6.611	4.90e-11 ***	
Ländlich	-1.872e-03	4.012e-02	-0.047	0.962788	
Städtisch	6.898e-05	4.481e-02	0.002	0.998772	
Einkommen	-1.853e-02	9.933e-03	-1.865	0.062273 .	
Bildung	3.059e-02	2.435e-02	1.256	0.209291	
Politisches Interesse	1.448e-01	2.767e-02	5.234	1.84e-07 ***	
Grüne	-5.640e-02	6.820e-02	-0.827	0.408360	
SP	-7.208e-02	5.784e-02	-1.246	0.212818	
GLP	-5.797e-02	7.193e-02	-0.806	0.420360	
FDP	-3.489e-02	6.064e-02	-0.575	0.565045	
SVP	-4.465e-02	5.456e-02	-0.818	0.413319	
Ehrenamtliches Engagement	2.589e-02	1.855e-02	1.396	0.162994	
Politische Aktivitäten	4.686e-02	1.518e-02	3.087	0.002052 **	
Demokratiezufriedenheit	7.131e-02	2.975e-02	2.397	0.016624 *	
Demokratiemüdigkeit	-1.289e-01	1.788e-02	-7.207	8.07e-13 ***	
Ausschluss unbeliebteste Partei	-6.309e-02	9.456e-03	-6.672	3.26e-11 ***	
Affektive Polar. – Sachfragen	-4.217e-04	1.103e-03	-0.382	0.702204	
Affektive Polar. – Parteiwähler	-3.664e-02	1.746e-02	-2.099	0.035937 *	
Benachteiligungsgefühl	-2.318e-03	9.065e-03	-0.256	0.798186	
Sozialvertrauen	3.959e-02	1.106e-02	3.580	0.000352 ***	
Vertrauen Regierung	-1.501e-02	2.028e-02	-0.740	0.459233	
Vertrauen Medien	1.898e-02	1.827e-02	1.039	0.298938	
Infoquelle Zeitungen	3.813e-02	3.813e-02	1.000	0.317425	
Infoquelle TV	2.241e-02	3.742e-02	0.599	0.549230	
Infoquelle SocialMedia	7.048e-02	3.888e-02	1.813	0.070018 .	
Infoquelle Gespräche	1.300e-01	3.645e-02	3.567	0.000369 ***	
Freunde Familie					

Signif. codes: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1

Residual standard error: 0.7258 on 1979 degrees of freedom
(1129 observations deleted due to missingness)

Multiple R-squared: 0.1962, Adjusted R-squared: 0.1848

F-statistic: 17.25 on 28 and 1979 DF, p-value: < 2.2e-16

Die erklärte Varianz des Modells liegt bei rund 18% (adjustiertes $R^2 = 0.1848$),
das Modell ist hochsignifikant ($F(28, 1979) = 17.25$, $p < 0.001$).

Regression der Kompromissbereitschaft

Weighted Residuals:

Min	1Q	Median	3Q	Max
-50.126	-7.303	-0.391	6.898	43.584

Coefficients:

	Estimate	Std. Error	t	value	Pr(> t)
(Intercept)	29.35616	3.08456	9.517	<2e-16 ***	
Sprache_F	-0.12249	0.62879	-0.195	0.845571	
Frau	0.74865	0.56301	1.330	0.183758	
Alter	-0.08423	0.18921	-0.445	0.656260	
Ländlich	-0.59345	0.63740	-0.931	0.351940	
Städtisch	1.28421	0.71199	1.804	0.071430 .	
Einkommen	-0.09225	0.15795	-0.584	0.559252	
Bildung	-0.39671	0.38706	-1.025	0.305521	
Politisches Interesse	0.43492	0.44265	-0.983	0.325960	
Grüne	3.53986	1.08366	3.267	0.001107 **	
SP	1.99532	0.91924	2.171	0.030080 *	
GLP	2.62413	1.14290	2.296	0.021778 *	
FDP	0.47589	0.96346	0.494	0.621407	
SVP	-5.85791	0.86704	-6.756	1.86e-11 ***	
Ehrenamtliches Engagement	0.65713	0.29490	2.228	0.025969 *	
Politische Aktivitäten	0.33605	0.24179	1.390	0.164728	
Demokratiezufriedenheit	1.91889	0.47337	4.054	5.24e-05 ***	
Demokratiemüdigkeit	0.02785	0.28776	0.097	0.922913	
Wert d. Austausches mit. Andersdenkenden	1.33704	0.35714	3.744	0.000186 ***	
Ausschluss unbeliebteste Partei	0.02969	0.15190	0.195	0.845039	
Affektive Polar. – Sachfragen	-0.18633	0.01752	-10.635	<2e-16 ***	
Affektive Polar. - Parteiwähler	-1.03615	0.27766	-3.732	0.000196 ***	
Benachteiligungsgefühl	0.17332	0.14403	1.203	0.228962	
Sozialvertrauen	0.54237	0.17625	3.077	0.002117 **	
Vertrauen Regierung	1.47594	0.32227	4.580	4.94e-06 ***	
Vertrauen Medien	1.58922	0.29028	5.475	4.94e-08 ***	
Infoquelle Zeitungen	-0.35820	0.60588	-0.591	0.554446	
Infoquelle TV	0.85698	0.59453	1.441	0.149619	
Infoquelle SocialMedia	1.69937	0.61821	2.749	0.006035 **	
Infoquelle Gespräche Freunde Familie	0.43993	0.58090	0.757	0.448949	

Signif. codes: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1

Residual standard error: 11.53 on 1978 degrees of freedom

(1129 observations deleted due to missingness)

Multiple R-squared: 0.3296, Adjusted R-squared: 0.3197

F-statistic: 33.53 on 29 and 1978 DF, p-value: < 2.2e-16

Die erklärte Varianz des Modells liegt bei rund 32 % (adjustiertes $R^2 = 0.3197$), das Modell ist hochsignifikant ($F(29, 1978) = 33.53, p < 0.001$).

Anhang 2: Umfrage

Tabelle 2 zeigt, wie wir die verschiedenen Variablen in der Bevölkerungsumfrage gemessen haben.

Variable	Frage	Antwortmöglichkeiten / Skala
Ausschluss (Index-Variable aus A) und B) gebildet)	Wenn Sie an diejenige Schweizer Partei denken, die Sie am wenigsten mögen: Finden Sie, dass es für die Schweiz besser wäre, wenn diese Partei...	A) ... vom politischen Prozess ausgeschlossen wäre (z.B. nicht mehr bei Wahlen teilnehmen dürfte)? ☐ Ja ☐ Eher Ja ☐ Eher Nein ☐ Nein B) ... vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wäre (z.B. bei öffentlichen Debatten nicht mehr eingeladen würde)? ☐ Ja ☐ Eher Ja ☐ Eher Nein ☐ Nein
Austausch	Denken Sie, es lohnt sich, sich mit Personen auszutauschen, die politisch eine ganz andere Meinung vertreten als Sie?	☐ Ja ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein
Kompromissbereitschaft (Index-Variable aus dem Durchschnittswert über alle Themen gebildet)	Als wie kompromissbereit würden Sie sich auf einer Skala von -5 bis +5 zum Thema [...] beschreiben, wobei -5 bedeutet, dass Sie bei diesem Thema gar nicht kompromissbereit sind, und +5, dass Sie sehr kompromissbereit sind?	Themen: - Zuwanderung - Unterstützung der Ukraine - Pandemiemassnahmen - Klimaschutz - Sozialstaat und dessen Finanzierung - Gleichstellung von Frauen - Schutz sexueller Minderheiten vor Diskriminierung - Beziehungen zur EU
Parteiwahl	Wenn am Wochenende Wahlen wären, welche Partei würden Sie am ehesten wählen?	☐ Die Mitte ☐ FDP ☐ SVP ☐ SP ☐ Grüne ☐ GLP ☐ EVP ☐ EDU ☐ MCG ☐ Andere ☐ Keine
Politisches Interesse	Wie sehr interessieren Sie sich ganz generell für Schweizer Politik?	☐ Sehr interessiert ☐ Eher interessiert ☐ Eher nicht interessiert ☐ Überhaupt nicht interessiert

Politische Aktivität	Welche der folgenden politischen Aktivitäten haben Sie in den letzten zwei Jahren mindestens einmal ausgeübt? Mehrere Antworten sind möglich.	☐ In einem sozialen Netzwerk politische Inhalte gepostet oder geteilt ☐ Kontakt zu einem Politiker / einer Politikerin aufgenommen ☐ Geld an eine politische Organisation oder Partei gespendet ☐ Selber Unterschriften für eine Initiative, ein Referendum oder eine Petition gesammelt ☐ An einer politischen Versammlung teilgenommen ☐ In einer politischen Partei aktiv gewesen ☐ Politisches Informationsmaterial verteilt ☐ An einer Demonstration teilgenommen ☐ Eine Volksinitiative oder ein Referendum unterschrieben ☐ Keine der genannten Aktivitäten
Ehrenamtliches Engagement	Engagieren Sie sich ehrenamtlich?	☐ Sehr aktiv und engagiert ☐ Ziemlich aktiv und engagiert ☐ Nicht sehr aktiv und engagiert ☐ Überhaupt nicht aktiv und engagiert
Demokratie-Zufriedenheit	Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Schweiz funktioniert?	☐ Sehr zufrieden ☐ Ziemlich zufrieden ☐ Nicht sehr zufrieden ☐ Überhaupt nicht zufrieden
Demokratie-Müdigkeit (Indexvariable aus Variablen A und B gebildet)	Frage A Denken Sie, es lohnt sich, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, um die Zukunft der Schweiz zu gestalten? Frage B Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?	Antwortmöglichkeiten zu Frage A ☐ Überhaupt nicht wichtig ☐ Eher weniger wichtig ☐ Eher wichtig ☐ Sehr wichtig Antwortmöglichkeiten zu Frage B ☐ Ja ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein
Institutionelles Vertrauen	Wie stufen Sie persönlich Ihr Vertrauen in die folgenden Akteure auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 4 (volles Vertrauen) ein?	Abgefragt für: Parlament, Regierung, Justiz, politische Parteien, Europäische Union, Wissenschaft, Medien, religiöse Einrichtungen ☐ 0 (kein Vertrauen) ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (volles Vertrauen)
Mediennutzung	Welche der folgenden Möglichkeiten nutzen Sie regelmässig, um sich über die Politik ganz allgemein zu informieren?	Mehrfachantworten möglich ☐ Zeitungen (Print oder online / App) ☐ TV-Sendungen (im Live-Fernsehen oder Website/Stream/Podcast) ☐ Radio-Sendungen (im Live-Radio oder Website/Stream/Podcasts) ☐ Social Media / Messenger-Apps ☐ Internet generell (Such- und Informationsplattformen, Online-Wahlhilfen etc.) ☐ Webseiten von Parteien/Kandidierenden ☐ E-Mails oder Newsletter von Parteien oder Interessengruppen ☐ Werbung der Parteien (Wahlzeitungen, Flyer, Plakate, Inserate, Online-Werbung) ☐ Parteiveranstaltungen, Podien oder Standaktionen auf der Strasse und persönlicher Kontakt am Telefon oder vor der Haustür ☐ Gespräche mit Familie oder Freunden ☐ Gespräche am Arbeitsplatz oder in der Schule ☐ Keine ☐ Weiss nicht / keine Antwort

Affektive Polarisierung Sachfragen	Für die Messung der affektiven Polarisierung mit Bezug auf Sachfragen haben in einem ersten Schritt deren Gefühle gegenüber Personen erhoben, welche zu acht Themen jeweils eine Polpositionen einnehmen (z.B. "Personen, die die Meinung vertreten, dass die Zuwanderung stark eingeschränkt werden sollte" und "Personen, die die Meinung vertreten, dass die Zuwanderung stark erleichtert werden sollte"). Die Befragten konnten dabei auf einer Skala von -5 ("kühl & negativ") bis +5 ("wohlgesonnen & positiv") ihre jeweilige Antipathie beziehungsweise Sympathie ausdrücken. In einem zweiten Schritt ermittelten wir den Umfang der affektiven (emotionalen) Polarisierung pro Thema, indem wir die absolute Differenz zwischen den Bewertungen der Personen mit den beiden Extrempositionen berechneten. So konnten wir für jedes der acht Themen den Grad der affektiven Polarisierung auf einer Skala von 0 bis 10 festhalten (vgl. Teil 1 der Studienreihe für Details: Scherrer et al., 2024).	
Affektive Polarisierung Parteizugehörigkeit	Für die Messung der affektiven Polarisierung mit Blick auf Parteizugehörigkeit haben wir in einem ersten Schritt erhoben, welche Sympathie eine Person anderen Menschen entgegenbringt, welche dieselbe Partei wählen. Anschliessend haben wir erhoben, welche Sympathie dieselbe Person anderen Menschen entgegenbringt, welche andere Parteien wählen. Der affektive Polarisierungswert ergibt sich anschliessend aus der Differenz der Sympathie, welche jemand anderen Wähler:innen derselben Partei entgegenbringt und der Sympathie, bzw. Antipathie, welche die Person anderen Menschen entgegenbringt, die andere Parteien wählen (gewichtet nach der relativen Parteistärke; vgl. Teil 2 der Studienreihe für Details: Scherrer et al., 2025).	
Soziales Vertrauen (Teil 2)	Glauben Sie, dass die meisten Menschen versuchen würden, Sie auszunutzen, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten, oder gehen Sie eher davon aus, dass sie sich fair verhalten würden?	☐ 0 (würde ausgenutzt) ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (würde fair behandelt)
Einsamkeit	Kommt es vor, dass Sie sich alleingelassen oder einsam fühlen und sich mehr Austausch mit anderen Menschen wünschen?	☐ Nein, nie ☐ Ja, aber eher selten ☐ Ja, ab und zu ☐ Ja, recht häufig
Gesellschaftlicher Status	Wo würden Sie Ihren gesellschaftlichen Status auf einer Skala von 0 bis 6 einordnen, wenn 0 für den niedrigsten gesellschaftlichen Status und 6 für den höchsten steht?	☐ 0 (niedrigster Status) ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 6 (höchster Status)
Relative Deprivation	Ich glaube, dass mir im Leben mehr zustehen sollte, als das, was ich heute habe. Die Politik tut nicht genug für Menschen wie mich, andere werden ständig bevorteilt.	Für beide Aussagen jeweils: ☐ Ich stimme überhaupt nicht zu ☐ Ich stimme eher nicht zu ☐ Neutral ☐ Ich stimme eher zu ☐ Ich stimme voll und ganz zu

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG A: Bereitschaft zum Ausschluss (in %)

ABBILDUNG 1: Bereitschaft zum Ausschluss (in %)

ABBILDUNG 2: Bereitschaft zum Ausschluss aus Diskurs nach Parteipräferenz (in %)

ABBILDUNG 3: Bereitschaft zum Ausschluss aus Prozess nach Parteipräferenz (in %)

ABBILDUNG 4: Ob sich der Austausch mit Andersdenkenden lohnt (in %)

ABBILDUNG 5: Häufigkeit von Gesprächen mit Andersdenkenden über politische oder gesellschaftliche Themen (in %)

ABBILDUNG 6: Kompromissbereitschaft nach Themen (in %)

ABBILDUNG 7: Statistisch relevante Einflussfaktoren auf die Bereitschaft zum Ausschluss der unbeliebtesten Partei

ABBILDUNG 8: Statistisch relevante Einflussfaktoren auf die Einschätzung des Werts des Dialogs mit Andersdenkenden

ABBILDUNG 9: Statistisch relevante Einflussfaktoren auf die Kompromissbereitschaft

TABELLE 1: Gesamtbetrachtung aller statistisch signifikanter Einflussfaktoren

TABELLE 2: Messung der Variablen in der Bevölkerungsumfrage

Literaturverzeichnis

Haidt, Jonathan. The Righteous Mind: Why Good People are Divided by Politics and Religion. London. London: Penguin, 2013.

Klein, Ezra. Why We're Polarized. New York: Avid Reader Press / Simon & Schuster, 2020.

Lamprecht, Markus, Adrian Fischer und Hanspeter Stamm. Freiwilligen-Monitor Schweiz 2020. Zürich: Seismo, 2020.

Krause, Laura-Kristine, und Jérémie Gagné. "Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft". More In Common Deutschland, 2019.

Scherrer, Ivo. "Polarisierung der Gefühle und Ideen. Debattenbeitrag". Zürich, Pro Futuris, März 2022: <https://profuturis.ch/blog/wie-gespalten-ist-die-schweiz-teil-i-polarisierung-der-gefuehle-und-ideen/>

Scherrer, Ivo. "Wie eine Demokratie streiten kann, ohne zu zerfallen". Debattenbeitrag. Zürich, Pro Futuris, Mai 2022: <https://profuturis.ch/blog/wie-gespalten-ist-die-schweiz-teil-2-wie-eine-demokratie-streiten-kann-ohne-zu-zerfallen/>

Scherrer, Ivo. "Wie polarisiert ist die Schweiz? Und wann ist Polarisierung überhaupt ein Problem?" Debattenbeitrag. Zürich, Pro Futuris, Juli 2024: <https://profuturis.ch/blog/wie-polarisiert-ist-die-schweiz-und-wann-ist-polarisierung-ueberhaupt-ein-problem/>

Scherrer, Ivo, Isabel Schuler, und Flurina Wäspi. „Zwischen Konflikt und Kompromiss. Welche politischen Fragen polarisieren die Schweiz?“ Zürich: Pro Futuris/SGG, Dezember 2024.

Scherrer, Ivo, Isabel Schuler und Flurina Wäspi (2025). "Wir und die Anderen. Antipathien und Sympathien in der Schweizer Bevölkerung". Zürich: Pro Futuris/SGG, März 2025.

Scherrer Ivo, Nathalie Klauser und Che Wagner. "Ist die Schweizer Demokratie bereit für die Zukunft? Demokratiemonitor 2023". Zürich: Pro Futuris/SGG, 3. September 2023.

